



# Sehnsucht nach Freiheit



Gedenkstunde zum 70. Jahrestag des  
Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR

# Sehnsucht nach Freiheit

Gedenkstunde zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes  
am 17. Juni 1953 in der DDR  
am 15. Juni 2023 im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses von Berlin

Titelbild: Beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953 haben Demonstranten  
sich am Brandenburger Tor versammelt

## Inhalt

Begrüßungsansprache	4
<b>17. Juni 1953 war in erster Linie eine Freiheitsbewegung</b> Cornelia Seibeld, Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Ansprache	8
<b>Erinnerung an die mutigen Menschen des Volksaufstandes</b> Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin	
Gedenkrede	14
<b>Ein bedeutender Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Teilung</b> Dr. h. c. Joachim Gauck Bundespräsident a. D. und Ehrenbürger von Berlin	
Diskussion und Lesung	28
<b>Erinnern an den Volksaufstand</b>	
Impressum	32

Aufzeichnung der Gedenkstunde



Veranstaltungsreihe im  
Abgeordnetenhaus von Berlin  
„**Erinnern an den Volksaufstand**“

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur (BAB)

## Begrüßungsansprache

# „17. Juni 1953 war in erster Linie eine Freiheitsbewegung“

Cornelia Seibeld, Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich begrüße Sie sehr herzlich zu dieser frühen Stunde im Abgeordnetenhaus.

Es ist mir eine besondere Freude den ehemaligen Bundespräsidenten und Ehrenbürger von Berlin, Herrn Joachim Gauck, als unseren heutigen Redner begrüßen zu dürfen.

Zu unserer Gedenkstunde möchte ich die Betroffenen sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Opferverbände willkommen heißen, vielen Dank für Ihr Kommen.

Sehr geehrte Frau Selting, Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Wegner, sehr geehrter Herr Ebert, Berliner Aufarbeitungsbeauftragter.

Ein herzliches Willkommen auch an den ehemaligen Regierenden Bürgermeister, Herrn Eberhard Diepgen und an meinen Amtsvorgänger, Herrn Reinhard Führer.

Weiterhin heiße ich die Mitglieder des Senats, ebenso die Kolleginnen und Kollegen des Bundestages und des Abgeordnetenhauses, willkommen.

Liebe Stadtälteste,  
liebe Gäste,

wenn wir heute den 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 in den Mittelpunkt unserer Gedenkstunde stellen, dann um all die Menschen zu ehren, die damals in der DDR auf die Straße gingen. Sie demonstrierten und protestierten gegen die kommunistische Diktatur, um in

Frieden und Freiheit in einem geeinten Deutschland zu leben. Ja, der 17. Juni 1953 war ein Vorläufer des 9. November 1989. Das wissen wir heute. Und auch wenn der Volksaufstand von 1953 nicht erfolgreich war, so waren die Wünsche und Sehnsüchte der Menschen 1953 identisch mit denen der Menschen, die 1989 die Berliner Mauer zum Einsturz brachten und die SED-Diktatur beendeten.

Wie sehr der Schatten des 17. Juni noch 1989 nachwirkte, zeigt eine Frage von Stasi-Minister Erich Mielke am 31. August 1989 an seine Generäle: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Natürlich widersprachen die Generäle und zementierten damit einen eklatanten historischen Irrtum. Aber die Frage machte eines deutlich: Die SED-

---

*Ja, der 17. Juni 1953 war ein  
Vorläufer des 9. November  
1989. Das wissen wir heute.*

---

Oberen hatten 1989 ihr Trauma vom Juni 1953 noch nicht überwunden. Die nachwirkende Kraft geschichtlicher Ereignisse wurde so evident.

Meine Damen und Herren, am Anfang steht die Bilanz der Tage rund um den 17. Juni 1953. In über 700 Städten und Gemeinden der DDR wurde die Arbeit niedergelegt. Mehr als 1 000 Betriebe wurden bestreikt, 250 öffentliche Gebäude besetzt, darunter SED-Einrichtungen und Büros des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auch Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit sowie Reviere der Volkspolizei waren darunter. Hinzu kam, dass die Protestierenden Haftanstalten belagerten, um politische Häftlinge zu befreien. Das gelang in 1 500 Fällen.

---

*Durch die Überwindung der existierenden Ordnung sollte die deutsche Einheit erreicht werden*

---

Interessant waren auch die Parolen, die damals kursierten: „Freie Wahlen“, „Nieder mit der SED“, „Wiedervereinigung“, „Freilassung aller politischen Häftlinge“, „Rücktritt der Regierung“ und „Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland“.

Es ist unverkennbar, dass der Aufstand kein sozialer Protest allein war, sondern dass es sich im Kern um einen politischen Aufstand handelte. Wut hatte sich angestaut auf die kommunistische Diktatur. Sie sollte abgeschafft werden. Das war die eigentliche Stoßrichtung der Aufstände am 17. Juni 1953. Und so war der 17. Juni 1953 acht Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges in erster Linie eine Freiheitsbewegung in der noch nicht gänzlich abgeschotteten DDR. Durch die Überwindung der existierenden Ordnung sollte die deutsche Einheit erreicht werden.

Wir alle wissen, dass die Aufstände rund um den 17. Juni scheiterten. Die sowjetischen Panzer und die brachiale Gewalt vor allem der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber den Protestierenden beendeten diese erste Revolution auf dem Boden der DDR.

Meine Damen und Herren, am Ende dürfen wir die Menschen nicht vergessen, die damals in den Auseinandersetzungen starben. Insgesamt sind Todesfälle von vier Frauen und 51 Männern belegt, die im Zusammenhang mit dem 17. Juni stehen. 34 Demonstranten wurden

von Volkspolizisten oder sowjetischen Soldaten erschossen. Fünf Menschen wurden von Instanzen der sowjetischen Besatzungsmacht zum Tode verurteilt, zwei von DDR-Gerichten. Acht Menschen starben in der Haft, vier von ihnen begingen Selbstmord. Ein Demonstrant starb an Herzversagen während des Sturms auf ein Volkspolizeirevier. Die fünf verbleibenden Toten waren Volkspolizisten und MfS-Mitarbeiter. Ich möchte nun schließen mit dem Ausspruch eines Redners auf einer Massenkundgebung in Paris Anfang Juli 1953, der die Volkserhebung in der DDR so bewertete: „Die Arbeiter von Ostberlin haben Deutschland seine Würde zurückgegeben.“ Abgesehen davon, dass nicht nur „die Arbeiter von Ostberlin“ revoltierten: Dieser zeitgenössischen Botschaft habe ich nichts weiter hinzuzufügen.

Vielen Dank.

Bevor ich nun das Wort an unseren Regierenden Bürgermeister Kai Wegner übergebe, möchte ich Ihnen, Herr Bundespräsident Gauck, noch einmal ganz herzlich danken, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben, zu uns zu sprechen. Ich bin mir sicher, es wird uns eine Freude sein, Ihnen zuzuhören. Also nochmals: schön, dass Sie da sind.



17. Juni 1953: Kundgebung in Westberlin auf dem Oranienplatz

## Erinnerung an die mutigen Menschen des Volksaufstandes

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin



**F**rau Präsidentin,  
sehr geehrter Herr Gauck (Bundespräsident a. D.),  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrte Zeitzeuginnen und Zeitzeugen,  
sehr geehrte Gäste,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
es ist für mich heute ein ganz besonderer Augenblick, mit Ihnen gemeinsam an die mutigen Menschen des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 zu erinnern. Dieser Ort, an dem das Herz unserer parlamentarischen Demokratie schlägt, bietet diesem Gedenken den würdigen Rahmen. Wir schicken heute die Botschaft aus dem Saal: Wir werden all die couragierten Frauen und Männer, die sich 1953 auf den Straßen Ost-Berlins und in vielen anderen Orten der DDR für Freiheit und Demokratie einsetzten, nie vergessen.

Sieben Jahrzehnte liegt der Volksaufstand zurück. Am 17. Juni 1953 protestierten Bauarbeiter in der Stalinallee gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen. Auf dem Weg zum Sitz der Regierung schlossen sich ihnen unterwegs Tausende Berlinerinnen und Berliner an. In kürzester Zeit wurde aus einem Arbeiterprotest ein Volksaufstand. Die Rufe nach Freiheit, Demokratie und der Einheit Deutschlands wurden immer lauter. So wie auch an vielen anderen Orten der DDR protestierten die furchtlosen Frauen und Männer auf den Straßen Ost-Berlins gegen die Missstände im Land. Im Angesicht von Panzern, bewaffneten Soldaten und Polizisten zeigten sie alle unglaublichen Mut.

Nur mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht konnte das SED-Regime damals seine Macht sichern. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Sowjetische Panzer walzten die Demonstrationen nieder. Es gab Verletzte, Tote, Verhaftungen und Verurteilungen. Eine Welle der Gewalt und Einschüchterungen erschütterte das Land. Die Präsidentin sprach gerade von den vielen Toten. Der 17. Juni war und ist deshalb auch immer ein Tag der Trauer.

Etliche Menschen aus dem damaligen Ost-Berlin erfuhren erst nach dem Mauerfall von den wahren Ereignissen des Volksaufstandes 1953.

---

*In kürzester Zeit wurde  
aus einem Arbeiterprotest  
ein Volksaufstand*

---

Das SED-Regime hatte die Massenproteste vor 70 Jahren als „faschistische Putschversuche“ verächtlich gemacht. Aus Angst vor einer Wiederholung wurden die wahren Hintergründe über drei Jahrzehnte verheimlicht.

Trotzdem war der Volksaufstand von 1953 zugleich Auftakt für weitere Protestbewegungen im damaligen Ostblock: 1956 in Polen und Ungarn und 1968 beim Prager Frühling. Auch dort protestierten die Menschen gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, und auch dort wurden alle Aufstände von den kommunistischen Machthabern mit Waffengewalt blutig niedergeschlagen.

Die Niederschlagung des Volksaufstandes von 1953 führte dazu, dass noch mehr Menschen die DDR in Richtung Westen verließen – eine Abstimmung mit den Füßen, die das SED-Regime erst mit dem Bau der Mauer 1961 notdürftig unterband und damit endgültig seinen moralischen Bankrott erklärte.

Eine weitere Folge des Volksaufstandes: Politisch andersdenkende Bürgerinnen und Bürger der DDR schlossen sich im Untergrund zusammen und bildeten das Fundament einer Protestbewegung, die in den 1980er-Jahren immer stärker wurde. 1989 gingen dann Millionen Menschen in der DDR erneut auf die Straßen und bewirkten mit der friedlichen Revolution einen politischen Umsturz im Land.

---

*Dem SED-Regime war es ... nicht gelungen, das Streben nach Demokratie und Freiheit ... zu löschen*

---

der Menschen in der DDR zu löschen. Die unvollendete Revolution des Volksaufstands von 1953, die Forderung nach einem Leben in Freiheit und Demokratie, wurde von den Revolutionären 1989 friedlich vollendet.

Die mutigen Frauen und Männer, die 1953 unter Einsatz ihres Lebens auf die Straße gingen, haben uns den Weg gewiesen zur Gewinnung

Dem SED-Regime war es trotz aller Einschüchterungen und Repressionen nach dem Volksaufstand 1953 nicht gelungen, das Streben nach Demokratie und Freiheit aus den Herzen

von Freiheit und Demokratie für alle Berlinerinnen und Berliner und schließlich zur Einheit Berlins und Deutschlands. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank.

Jeder kann heute in unserer demokratischen Gesellschaft frei und selbstbestimmt leben, die eigene Meinung äußern und seine Träume verfolgen. Dieses Leben in Freiheit haben die mutigen Generationen vor uns errungen. Dank all dieser tapferen Menschen ist Berlin heute die „Stadt der Freiheit“.

An einem Tag wie heute gehört es für mich auch dazu, an die tapferen Menschen in der Ukraine zu denken. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und der unglaubliche Mut des ukrainischen Volkes führt uns seit über einem Jahr täglich vor Augen, wie verletzlich unsere demokratischen Werte sind. Wir alle sind dafür verantwortlich, unsere Demokratie zu schützen und für unsere offene, demokratische Gesellschaft einzustehen. Deshalb werden wir weiterhin unsere größtmögliche Unterstützung leisten. Berlin steht in voller Solidarität mit dem ukrainischen Volk.

Unsere Pflicht ist es, die Erinnerung an unsere Freiheitsgeschichte, an den Aufstand des 17. Juni 1953, aufrechtzuerhalten und an die nächste Generation weiterzugeben. Das ist eine herausfordernde Aufgabe, insbesondere weil es immer weniger Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gibt.

Ein Zeitzeuge, der gleich zu uns sprechen wird, ist unser ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck. Das wird sicher für uns alle ein besonderer Augenblick sein.

Lieber Herr Gauck, sie sagten zur Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR: „Wenn ich mir etwas wünschen darf heute, dann ist es dies: dass das Wissen über den 17. Juni in der DDR zum Allgemeingut aller Deutschen wird und dieser Tag damit jene Anerkennung erfährt, die ihm gebührt.“

Ich denke, dass wir in den letzten zehn Jahren bereits einiges bewirken konnten. Dennoch ist der 17. Juni 1953 gerade unter den jungen Leuten noch viel zu wenig bekannt. Unser Ziel muss sein, dass auch die jüngeren Generationen den historischen Volksaufstand und den Mut der Männer und Frauen des 17. Juni verstehen.



Festredner Joachim Gauck und Parlamentspräsidentin Cornelia Seibeld am Rande der Gedenkstunde

Bund und Länder haben sich deshalb darauf geeinigt, den 70. Jahrestag des Volksaufstands als Startpunkt für eine Aufwertung dieses nationalen Gedenktags zu nutzen. Wir wollen den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und seine Bedeutung für die deutsche Freiheitsgeschichte noch fester im Bewusstsein unserer Gesellschaft verankern.

Mit diesem Ziel vor Augen schauen wir auch hier in Berlin immer wieder nach neuen Möglichkeiten, um noch mehr Menschen und vor allem auch die jüngeren Generationen anzusprechen. Ich danke in diesem Zusammenhang der Bundesstiftung Aufarbeitung, dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und Kulturprojekte Berlin für die Open-Air-Fotoausstellung zum Volksaufstand. Seit Montag können an historischen Schauplätzen großformatige Bilder vom Freiheitskampf der Ostberliner Bevölkerung während des Volksaufstands 1953 angeschaut werden. Auch das ist eine Form einer zeitgemäßen Erinnerungskultur, die viele Passanten auf die Ereignisse von 1953 aufmerksam machen wird.

Seit gestern gibt es zudem eine Ausstellung im Roten Rathaus. Die Ausstellung der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur mit dem Titel „17. Juni kompakt“ kann bis Ende Juni besucht werden. Alle Interessierten sind dazu herzlich willkommen.

Meine Damen und Herren, der 17. Juni ist eine Sternstunde der deutschen Freiheitsgeschichte. Unser Versprechen an die letzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und deren Generation ist, die Erinnerung an die mutigen Menschen des Volksaufstandes für die nächsten Generationen zu bewahren. Indem wir an den 17. Juni erinnern, stärken wir zugleich die Werte, die uns alles bedeuten: die Werte der Freiheit und der Demokratie. Lassen Sie uns alle gemeinsam dazu beitragen.



Der Plenarsaal des Abgeordnetenhauses während der Gedenkrede von Joachim Gauck



## Ein bedeutender Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Teilung

Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.



**S**ehr geehrte Frau Präsidentin des Abgeordnetenhauses!  
Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister!  
Verehrte Abgeordnete!

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Verbänden!  
Ich freue mich, dass Sie mich eingeladen haben, und bin dankbar dafür. Wir haben uns versammelt, um der Menschen zu gedenken, die es verdienen, dass an sie gedacht wird, weil die Freiheit immer verdient, dass wir uns daran erinnern, wer sie für uns errungen hat, wer für sie gekämpft hat und wer für sie gestorben ist. Unweit von hier gingen vor 70 Jahren die Menschen auf die Straßen, und zwar nicht nur hier in Berlin, sondern überall im Osten, in über 700 Orten der DDR. Dann wurde die Erhebung niedergewalzt, der Kreml hatte seine Panzer bereit, und dann war die Macht wieder gesichert, eine nicht legitimierte Macht, die doch von erheblicher Dauer sein sollte. Der Geheimdienstsozialismus schuf eine Gesellschaft, die gekennzeichnet war durch die anhaltende Ohnmacht der vielen und die beständige Übermacht der wenigen – sie sollte geschützt werden.

Erinnern wir uns: Fast ein halbes Jahrhundert lang hat die Macht des Kremls das Demokratieprojekt Europas in einem wesentlichen Teil von Europa vernichtet. Es ist schon erstaunlich, dass wir für die Ereignisse rund um den 17. Juni 1953 den richtigen Stellenwert im kollektiven Gedächtnis und auch in unseren Geschichtsbüchern immer noch

---

*Fast ein halbes Jahrhundert  
lang hat die Macht des Kremls  
das Demokratieprojekt  
Europas in einem wesentlichen  
Teil von Europa vernichtet*

---

suchen, denn bei Licht betrachtet markieren sie doch den ersten großen Aufstand überhaupt gegen die kommunistische Gewaltherrschaft in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Damals, als hier in Berlin und den anderen Orten die Menschen auf die Straße gingen, forderten sie geheime Wahlen und das Ende des DDR-Regimes. Ich weiß noch, wir hatten sogar als Grundschüler in der Schule so manche Sprüche drauf, und an einen kann ich mich besonders gut erinnern: „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille!“ Das bezeichnete Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die damals die höchsten Repräsentanten des SED-Regimes waren. Was sich hier in so einem Satz so spöttisch und personenbezogen ausgedrückt hatte, war

eine überaus ernste politische Willensbekundung. Wir Berliner sollten uns das neu bewusst machen, wenn uns unsere Wege über die schöne Straße des 17. Juni führen. Wenn wir heute daran erinnern, dann erinnern wir uns – ich benutze einmal Worte des Bundespräsidenten Johannes Rau – an ein Stück „deutscher Freiheitsgeschichte“, und ich bin dankbar, dass die höchsten Repräsentanten des Landes Berlin auch an dieses Element erinnert haben mit ihren Reden. Aber das müssen wir festigen – darauf werde ich später noch kommen.

---

*Es ist schwierig für Menschen,  
die jung sind, die diese Zeiten  
nicht erlebt haben, sich  
vorzustellen, wie es war in  
den Fünfzigerjahren.*

---

Ich gehe aber erst einmal zurück, weil ich eigene Erinnerungen habe, zwar nur 13 Jahre alt, aber immerhin, sie sind noch recht aktiv. Der 17. Juni – das hatte ich mir damals gewünscht – sollte zur Befreiung führen, und alle, die auf der Straße waren, die Erwachsenen, haben es sich natürlich erst recht gewünscht. Es ist

schwierig für Menschen, die jung sind, die diese Zeiten nicht erlebt haben, sich vorzustellen, wie es war in den Fünfzigerjahren. Wir sehen zwei deutsche Staaten, die sich ganz unterschiedlich entwickeln. Die Teilung ist noch nicht zementiert. Man kann noch relativ leicht von hüben nach drüben gehen, besonders in Berlin. Die Mauer wird ja erst später gebaut. Der junge SED-Staat unter Walter Ulbricht verfolgt den Aufbau einer Gesellschaft nach sowjetisch-stalinistischem Vorbild, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Die Wirtschaftslage nimmt krisenhafte Züge an, besonders nachdem die SED auf der Zweiten Parteikonferenz 1952 den planmäßigen Aufbau des Sozialismus beschlossen hatte und damit die Kollektivierung der Landwirtschaft begann. Die Partei bringt weite Teile der Gesellschaft damit gegen sich auf. Bevormundung, Enteignungen und politische Inhaftierungen prägen den Alltag der damaligen Zeit.

Es gibt ja heute manchmal in linken Milieus so die Vorstellung von einer unschuldigen Anfangsphase des Sozialismus, in der die Antifaschisten nun endlich einen ordentlichen Staat aufbauen und den Arbeitern und Bauern Grundrechte zukommen lassen wollen. All das ist natürlich bei genauerer Betrachtung nichts als romantisches Klischee einer sehr

brutalen Wirklichkeit in einer durchherrschten Gesellschaft. Auf der anderen Seite ist die Bundesrepublik Deutschland, die immer, gerade in einem Land, das unter Versorgungsmängeln leidet, eine Art Vorbild für diejenigen ist, die nun in den Niederungen des Ostens leben. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass das Land eigentlich immer recht militarisiert war. Das können sich Menschen, die im Westen aufgewachsen sind, gar nicht so richtig vorstellen. In diesen frühen Jahren belasteten unsere Wirtschaft auch noch die ganzen Reparationsforderungen der Sowjetunion. Das mochte gerechtfertigt sein, aber in einem ausgebluteten Land hatte das natürlich verheerende Folgen auch für die Akzeptanz der Sowjetarmee und überhaupt des ganzen Regimes. Da waren die westlichen Siegermächte schon bedeutend klüger, als sie die Weichen so stellten, dass im Westen dann später ein Wirtschaftswunder aufkommen sollte. Die Menschen, die das merken, sagen sich: Wir sind ja nicht blöd, wir können ja auch gehen. Und so beginnt ein Massensexodus. Die Arbeiter und Bauern verlassen zum großen Teil den Arbeiter- und Bauernstaat, und wenn Handwerker, Angestellte und Arbeiter dabei sind, dann ist das für eine Volkswirtschaft natürlich auch von erheblicher Belastung. 1952 gehen 182 000 Menschen in den Westen, ein Jahr später sind es schon 331 390. Eine Herrschaftskrise der SED zeichnet sich ab.

Wie gesagt, ich war ein Kind, 13 Jahre alt, als sich im Frühjahr diese Krisenstimmung zeigt und spürbar verschärft. Ich erinnere mich noch gut an den Tag, als Josef Stalin starb, 5. März. Es war grotesk, was sich da an Trauerzeremonien bis in die Kindergärten hinein, aber ganz besonders in unseren Schulen und Betrieben abspielte. Die neue Moskauer Führung danach hatte die krisenhafte Lage der DDR durchaus im Blick und verpflichtete die SED zu einem neuen Kurs. Dadurch sollten die Zustände in der DDR, auch die Versorgung, verbessert werden, Handel, Gewerbe, Bauernschaft sollten funktionieren. Man nahm auch Repressionen gegen die Kirche – junge Christen waren von den Oberschulen verwiesen worden – zurück. Aber die Beschlüsse wurden halbherzig umgesetzt, sie kamen auch zu spät, und zudem deutete man das dann als Schwäche des Regimes.

Die Normerhöhung dann, 10 Prozent, sollte weiterhin zu Ulbrichts 60. Geburtstag am 30. Juni in Kraft treten. Eigentlich war das ja eine Lohnkürzung, und so haben die Menschen das offenbar auch verstanden. Genau diese Entscheidung wurde dann zur Initialzündung für die

Arbeiter, die eigentlich die Überlegenheit des Sozialismus darstellen sollten mit dem Bau dieser prachtvollen Straße, der Stinallee, heute Karl-Marx-Allee. Das reichte ihnen, und sie empfanden dies als Provokation.

---

*Jetzt war mir aber klar, es wird nicht weitergehen wie bisher, jetzt beginnt eine neue Zeit, und dieses Gefühl hatten damals Millionen von Menschen*

---

Hier in Berlin, im Osten, am Müggelsee, erinnert heute ein Gedenkstein an rund 600 Berliner Bauarbeiter, die bei einem Betriebsausflug zum Biergarten „Rübezahl“ am 13. Juni 1953 einen Streik beschlossen, dem sich später viele angeschlossen haben. Einer der Wortführer ist Alfred Metzdorf, ein Brigadier der Großbaustelle

des Krankenhauses Friedrichshain. So kommt es bereits am 15. Juni zum ersten Streik in Berlin. Am 16. Juni protestieren dann die Arbeiter gegen die Erhöhung der Normen, und weitere politische Forderungen werden gestellt, vor allen Dingen freie Wahlen und Rücktritt der Regierung. Ich war in Mecklenburg, also nicht hier in Berlin, aber immerhin in einer größeren Stadt, in Rostock, meiner Heimatstadt, und wir hörten am Radio, was sich abspielte. Die Menschen im Osten hörten massenhaft Westsender, wenn sie nicht gerade gestört waren. RIAs konnten wir nicht hören, der war immer gestört. Jetzt war mir aber klar, es wird nicht weitergehen wie bisher, jetzt beginnt eine neue Zeit, und dieses Gefühl hatten damals Millionen von Menschen. Ich war richtig euphorisiert. Bei uns in Rostock gab es ja Wertindustrie, und Arbeiter von der Werft in Warnemünde und Rostock begannen auch zu streiken. Wir Schüler hatten plötzlich schulfrei, das Fach Gegenwartskunde, später Staatsbürgerkunde, fiel aus. Diejenigen, die besonders laut getönt hatten von den Segnungen des Sozialismus, waren plötzlich ganz stumm, einige meldeten sich krank. Wir hatten das Gefühl, es würde sich alles ändern. Ich komme nun aus einer Familie, die massiv von stalinistischer Verfolgung beeinträchtigt war, ich war eigentlich zu früh politisiert, aber wie mir ging es auch anderen, die weniger beeinträchtigt waren von der stalinistischen Diktatur. Wir waren alle angesteckt von einem Fieber, und das ging eben bis in die Grundschulen hinein. Bei den Oberschulen war das sowieso der Fall. Wir fühlten mit den Bauarbeitern, den Zimmerleuten auf den Berliner Großbaustellen, und wir hatten das Gefühl, wir müssten

mitmarschieren, wo immer das ging. Na ja, in dem Alter darf man das nicht, da sind die Eltern, und ihre Angst und Fürsorge verhindern dann kindlichen Übermut, und so war es im Grunde eine geistige Beziehung, ein geistiges Dabeisein, aber nicht ein körperliches Mitmachen.

Wie ging es weiter? – Die am Mittag beschlossene Rücknahme der Normerhöhungen konnte die Protestierenden nicht besänftigen. Die Forderungen der Menge hatten sich von ökonomischen Fragen hingewendet zu politischen Forderungen, und in den Morgenstunden des 17. Juni waren dann die meisten Großbetriebe im Osten Berlins bestreikt. Das verbreitete sich wie ein Lauffeuer im ganzen Land, und so kam es überall zu Solidaritätsstreiks. Die ganze DDR wurde erfasst. Hunderttausende Menschen waren auf den Straßen. Zwischen dem Hochgefühl des Protestes und dem tiefen Entsetzen lagen jedoch nur wenige Stunden. Die sowjetische Besatzungsmacht übernahm bereits am Vormittag die Kontrolle durch Panzer und anderes militärisches Gerät an Verkehrsknotenpunkten und in den Hauptstraßen von Ostberlin. Für 13 Uhr wurde die Verhängung des Ausnahmezustandes durch den sowjetischen Militärkommandanten verkündet. Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen



Streikende stürmen ein SED-Büro



Ein Aushang erklärt den Ausnahmezustand

wurden verboten. Auch ich kann mich gut an große Plakate an den Litfaßsäulen in Rostock erinnern: „Befehl Nr. 1“. Plötzlich zeigte sich, wer der eigentliche Herrscher war. Die Gesellschaft war wieder unter das Kommando der Besatzungsmacht gestellt, und nun rollten acht Jahre nach Ende des Krieges erneut Panzer durch Berliner Straßen. Es wurde auf Menschen geschossen. Sie haben die Zahl der Toten und Verletzten vorhin gehört. In 167 von 217 Landkreisen wurde das Kriegsrecht verhängt. Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und andere Spitzenfunktionäre der SED begaben sich unter den Schutz der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland in Karlshorst. Mit Beginn der Ausgangssperre um 21 Uhr können wir davon sprechen, dass der Aufstand nieder-

geschlagen ist, jedenfalls in Berlin. Wir haben in Sachsen an den folgenden Tagen noch weitere Streiks und Demonstrationen.

Doch die Erhebung vom 17. Juni war nur der Höhepunkt des Ausdrucks des Freiheitswillens der DDR-Bevölkerung. Wir wissen, schon vor den Unruhen in den Städten kam es ab dem 12. Juni in vielen Dörfern zu Widerstandsaktionen, und an vielen Orten, ganz besonders in Mitteldeutschland und da wiederum in Sachsen-Anhalt, dauerte der Massenprotest auch am 18. Juni und an den folgenden Tagen noch an. Mindestens 55 Menschen wurden von den DDR-Sicherheitsorganen oder sowjetischem Militär getötet. Unter den Berliner Opfern denke ich an den von Volkspolizisten erschossenen 14-jährigen Schüler Rudi Schwander oder an den 25-jährigen Dachdeckerlehrling Richard Kugler aus Weißensee oder an den Maler und Familienvater Willi Göttling, die von sowjetischen Besatzungstruppen ohne Prozess erschossen wurden. Mehr als 15 000 Menschen wurden vom SED-Regime inhaf-

tiert, Tausende Unschuldige von DDR-Gerichten oder den immer noch agierenden sowjetischen Militärtribunalen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Mein Vater, der völlig zu Unrecht in Sibirien saß zu diesem Zeitpunkt, hat noch einige in Sibirien ankommen sehen, die im Zusammenhang mit dem 17. Juni von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden waren. Ich habe diese Namen bewusst erwähnt, weil es sich gehört, dass wir zu den großen Daten unserer Freiheitsgeschichte Gesichter und Namen stellen müssen, und ich begrüße jede Initiative in diesem Land, das Freiheit für so selbstverständlich hält, die daran erinnert, dass Freiheit erst erkämpft werden musste. Wir wollen also dieser Menschen gedenken und nicht nur an die Untaten der Handlanger von einst erinnern. Wir wollen ihr Leben und ihren Einsatz als Ansporn betrachten für uns selbst.

Damals in der DDR wollten die Herrschenden den 17. Juni dem Vergessen preisgeben, oder sie haben ihn propagandistisch umgedeutet. Eine ehrliche Aufarbeitung des Volksaufstands unterblieb, denn die SED-Führung konnte sich einfach nicht eingestehen, dass das



Beisetzung der Opfer auf dem Friedhof Seestraße in Wedding

---

*Daher war es so wichtig, dass man Intellektuelle fand, die ... die Legende von einem ... Putsch unter die Leute brachten*

---

Volk den Staatssozialismus ablehnt und sich gegen ihn erhoben hatte. Daher war es so wichtig, dass man Intellektuelle fand, die neben den SED-Machthabern die Legende von einem faschistischen Putsch unter die Leute brachten. Doch der Aufstand – das wissen wir

alle – brauchte keine Verschwörer aus dem Westen. Das ist so eine typische Gedankenbildung der kommunistischen Herrschaft. Innere Konflikte soll es nicht geben, alles kommt immer von außen. Das erleben wir heute wieder unter einem anderen Rubrum als Kommunismus, wenn wir Moskauer Propaganda wahrnehmen. Das mit dem Putschversuch in die Köpfe der Leute zu bringen, hat nicht so richtig geklappt. Die Genossen mussten pflichtschuldig so ein Vokabular benutzen, in die Mitte der Bevölkerung gelangte es nicht. Sie erinnerten sich vielmehr an diese große, wirklich nicht nur die Arbeiterschaft betreffende gemeinsame Aktion, es waren eben auch Schüler, Hausfrauen und Intellektuelle. Es waren alle, es war eben wirklich ein Volksaufstand. Wir denken auch von hier in Berlin aus an die Belegschaften der großen Chemiewerke in Bitterfeld, Schkopau und Halle, wo sich Streikkomitees gebildet hatten, denn Sie müssen sich erinnern, meine Damen und Herren: Zwar gab es in der DDR auch Gewerkschaften, es gab einen sogenannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, aber die Vertreter der Gewerkschaften erklärten schon gerne mal den Arbeitern in der Stalinallee, wie gut die da oben es mit ihnen da unten meinten. Das war die Rolle von Gewerkschaften in einer durchherrschten Zeit. Dann haben es Menschen auch ganz ohne Unterstützung von Gewerkschaften geschafft, sich selbst zu organisieren und ohne große Unterstützung Formen von Streiks und Verteidigung von Arbeitnehmerrechten zu organisieren, obwohl ihnen das niemand beigebracht hatte. Auch das gehört zu der Freiheitsgeschichte, die wir uns bewusst machen, wenn wir an solche Daten erinnern. Übrigens war auch vielen SED-Mitgliedern das Ganze damals höchst peinlich. Einige nahmen schnell ihr „Bonbon“, wie wir das damals nannten, ab und erschienen dann ohne Abzeichen in der Schule oder im Betrieb. Das wurde ihnen später als Defätismus ausgelegt und sollte üble Folgen haben. Aber man spürte, auch in der SED gab es eine gewisse Verunsicherung.

Wir haben es gehört: Der Volksaufstand am 17. Juni markiert einen bedeutenden Wendepunkt in der DDR. Seit Sommer 1952 war der sogenannte planmäßige Aufbau des Sozialismus verschärft worden, und er hatte, wie schon erzählt, vor keiner Gruppe haltgemacht. Deshalb war es schwierig, wenn eine ganze Bevölkerung nun gegen das System ist. Die Forderungen, die es damals gab, waren so vielfältig, wie die Fordernden es waren. Es ging – und ich muss das wiederholen – nicht nur um die Rücknahme von Normerhöhungen, sondern freie Wahlen und nationale Einheit waren das Thema. Wir müssen es uns wirklich einprägen, dass dieser 17. Juni nicht weniger war als ein Volksaufstand für Freiheit, Demokratie und Recht. Hätte nun die sowjetische Armee in der DDR am 17. Juni auf bewaffnete Gewalt gegen das Volk verzichtet – wir müssen uns mal einen Moment vorstellen, was dann passiert wäre –, es wäre sehr schnell zu Ende gegangen mit der SED, denn sie hatte ja nie durch freie Wahlen irgendwie eine Mehrheit erlangt, sondern es war immer gezinktes Tun, und wir hätten ohne die Panzer 1954 die Einheit Deutschlands erlebt – dies mal in die Ohren derer, die heute



Streikende in der Leipziger Straße auf dem Weg zum Potsdamer Platz



Demonstranten beim Verbrennen der Roten Fahne

Probleme haben, die Kreml-Panzer richtig einzuordnen, und die nicht so genau wissen, ob wir nicht denen, die erneut mit Panzern gegen die Freiheit fahren, mehr Verständnis entgegenbringen sollten. – Aber das sei nur am Rande erwähnt.

Ich glaube, wir hätten ein anderes Deutschland gesehen ohne diese Panzer, und dieses andere Deutschland kam ja irgendwann. Wir haben zwar vergessen, uns regelmäßig im Osten an den 17. Juni zu erinnern, und es war ganz eigenartig: Ich gehöre zu den Aktivisten von 1989 in Rostock, ich war Sprecher des Neuen Forums. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir uns in der Bewegung 1989 an den 17. Juni erinnert haben. Das ist doch eigentlich merkwür-

dig. Wenn wir, die Betroffenen, unsere eigenen Vorgänger, die für Freiheit, Demokratie und Recht gekämpft haben, gar nicht mehr so richtig im Blick hatten, was will ich dann von der westdeutschen Bevölkerung erwarten, wenn sie diese Ereignisse weitgehend vergessen hat, obwohl der 17. Juni im Westen lange ein Feiertag war? – Es zeigt sich da etwas, was für uns Deutsche wirklich schwierig ist: Wir Deutsche mit unserer Neigung, die Sicherheit zum Hauptthema unseres politischen Lebens zu machen, vergessen manchmal, dass es die Freiheit ist, die uns das Leben lebenswert macht und eine Gesellschaft eröffnet, in der wir gerne leben wollen, weil wir in ihr unsere eigenen Freiheitsbestrebungen mit denen der anderen verbinden können. Wir halten diese Freiheit, für die die Menschen damals gekämpft und die wir 1989 dann endlich errungen haben, wenn wir sie denn haben, irgendwie für das

Selbstverständliche, und wir vergessen die Sehnsucht und die Kämpfe derer, die so viel Energie hatten und manchmal auch so viel Traurigkeit, wenn sie sie nicht erringen konnten.

Ich bin eben aus meinem Manuskript mal ein wenig herausgegangen, weil es für mich wichtig war, mich selbst zu befragen: Was ist eigentlich mit diesem Land, dass es die wenigen und großartigen Freiheitsbestrebungen nicht angemessen wahrnimmt? Wir sind da irgendwie anders gepolt als unsere polnischen oder französischen Nachbarn, bei denen die Freiheitsgeschichte eine andere Rolle spielt. Liebe Abgeordnete! Liebe Vertreter der Zivilgesellschaft! Da haben wir alle miteinander noch ein Stück zu tun, um diesem Land glaubhaft zu versichern mithilfe der Menschen, die damals aufstanden: Deutsche können Freiheit!

Freilich dauert es manchmal, und das ist auch verständlich. Wenn Sie wie wir in der DDR in einem eingemauerten Land leben, dann lagern sich die Niederlagen, die die Demokratiebewegung erlebt, in die Gemüter und Seelen der Menschen ein. 1953 die erste Niederlage, 1956 – Ungarn ist schon befreit, und dann kommen die Panzer – die nächste Niederlage, die Aufstände in Posen im selben Jahr die nächste Niederlage, der Bau der Berliner Mauer – jetzt hatten sie uns alle, vielleicht das eigentliche Gründungsdatum der DDR. Dann kommt 1968, die Niederlage der Reformsozialisten in Prag, die Beerdigung von Hoffnungen – wieder mit Panzern. All das ist eine Niederlagenserie, die in den Menschen so etwas auslöst wie eine verewigte Form von Ohnmacht: Wir können ja nichts machen! – Daneben gibt es die Sehnsucht, die ist ja nicht auszulöschen. Aber ehe die Sehnsucht nach Freiheit diese erfahrene Ohnmacht überwindet, da muss eine Menge passieren, und genau das passierte dann 1989 in den unterdrückten Ländern des Ostens. Und so können wir sagen: Obwohl wir uns 1989 zu wenig an unsere Vorgänger in den Freiheitsbewegungen im Ostblock erinnert haben – das waren mehr die aktuellen Anstöße durch die Solidarność oder die Charta 77 –, so war es doch ein Kontinuum, das uns nicht bewusst war, und dieses Kontinuum ist die Verfasstheit der Menschen, sich nach Freiheit zu sehnen, Freiheit zu wollen und sie schließlich auch zu erringen. An all dies erinnert uns so ein Gedenktag, und es ist sehr schön, dass wir ihn zusammenbringen mit den Freiheitsbestrebungen von 1989, als die Unterdrückten sich endlich frei machen konnten von der Bindung an diese Niederlagengeschichte und dennoch hofften und dann dennoch siegten.

Meine Damen und Herren! So ist der Besuch bei Ihnen auch noch für mich selbst eine Einkehr in die persönliche und die gesellschaftliche Geschichte des Ostteils des Landes gewesen. Ich will hier wegen der aktuellen Situation, in der wir uns treffen, in dieser vom Krieg bedrohten Zeit noch eine Bemerkung machen, die sich auf unser Verhältnis zu Moskau bezieht. Wir wollen wirklich niemals vergessen, dass die Sowjetunion einen großen Anteil an der Befreiung Deutschlands vom Hitlerregime hatte. Wir alle, wir Demokraten, zu welchem Lager wir auch gehören, mögen uns nicht vorstellen, dass ohne die Waffengewalt der Alliierten Europa unter dem Hakenkreuz wäre, vielleicht bis heute. Menschen, die in den Kampf zogen gegen das terroristische, menschenverachtende Regime, haben das verhindert und uns Freiheitstüren geöffnet, freilich nur im Westen, im Osten war es keine Freiheitstür. Deshalb ist der Dank, den wir der Sowjetarmee schulden, für viele Menschen gelöscht durch die jahrzehntelange Unterdrückungsmaschinerie und das Unterdrückungsregime, das sie über uns gebracht haben. Über diese Freiheit konnten wir uns nicht freuen. Deshalb erinnern wir uns gleichwohl an die Leistungen, die Menschen aus Russland, aus der Ukraine, aus Belarus und den anderen Republiken erbracht haben, wir erinnern uns daran genauso wie an den großherzigen Gorbatschow, dessen Zustimmung zur Einheit Deutschlands wichtig war und ohne die die Wiedervereinigung sehr viel später gekommen wäre.

Wir sind diesen Menschen also dankbar, aber wir wissen, dass diese Dankbarkeit nicht dazu führen darf, die Augen vor der dunklen Seite einer Realität zu verschließen, die Moskau wieder über Europa gebracht hat. Zur Realität von einst, nämlich der, dass die Sowjetunion halb Mitteleuropa und den Osten Deutschlands unterdrückt hatte, kommt hinzu, dass wir heute wieder etwas erleben, von dem wir nicht dachten, dass wir es sehen würden. Wieder soll ein Stück Europa „befreit“ werden, und es handelt sich eigentlich um eine Okkupation. Deshalb ist gerade in den heutigen Tagen sehr viel Sorgfalt darauf zu verwenden, genau zu schauen: Wohin gehört eigentlich unsere Solidarität? Es ist mit Entsetzen zu beklagen, dass es wieder Panzer aus Moskau sind, die gegen die Freiheit vorgehen und die den Menschen in der Ukraine ein System aufoktroyieren wollen, in dem sie nicht leben wollen. So zeigt sich in Russland ein Erbe der Sowjetdiktatur: die Absolutsetzung der Macht, eine Machttechnik wie zu Zeiten der Sowjetunion, Außerkräftsetzung des Rechts oder der Herrschaft des Rechts, Verbot von eigener Meinung, Verbot des Zusammenschlusses von Menschen.

Alle Faktoren der Depotenzierung der vielen von einst sehen wir heute dort wieder, allerdings nicht mehr unter der Überschrift Kommunismus, sondern unter einem imperialen Nationalismus. Indem ich daran erinnere, versuche ich Folgendes zu tun: uns bewusst zu machen, dass der Kampf für die Freiheit von damals verbunden sein muss mit unserer Entschlossenheit, für die Freiheit heute zu kämpfen. Auch dort, wo wir nicht leben, sind wir gefordert zur Solidarität.

So also wollen wir den 17. Juni begehen, auch am 70. Jahrestag, als Symbol einer Freiheitstradition, und wir sollten ihn aus dieser Erinnerungsreserve herausholen. Natürlich, die politisch Gebildeten wissen es, aber ein elementar wichtiger Teil im kollektiven Gedächtnis ist es nicht. Da gehört es aber hin. Auch wenn es so lange, bis 1990, ein Feiertag war im Westen, war es doch so ein Feiertag für uns: Man hatte halt frei. – Aber sich in der

Tiefe zu freuen darüber, dass Menschen etwas riskiert hatten für die Freiheit, das war weit weg. Das war nicht mehr im Gedächtnis. Für Berlin, aber auch für die Bundesrepublik insgesamt wäre es ein überfülliges Zeichen, dieses Tags und der Menschen, die es wagten, für die Freiheit auf die Straße zu gehen und zu kämpfen, in gebührender Form zu gedenken. Ich freue mich über das, was ich vorhin vom Regierenden Bürgermeister gehört habe. Es gilt auch heute, überall auf der Welt denen beizustehen, die sich, obwohl diskriminiert und ausgegrenzt, mutig für die Freiheit und das Recht einsetzen. Es ist egal, wo das passiert, ob in Belarus, in Russland, im Iran – es sind Menschen, denen wir Beistand schuldig sind. Wir wollen die sein, die ihnen eine Stimme geben, wenn sie diese selbst bei sich nicht erheben können, und wir wollen ihnen Gehör verschaffen, wenn sie Öffentlichkeit suchen, egal, wo es auch ist. Aus unserer Erinnerung erwächst auch eine Verpflichtung für heute, und wir sagen es ganz einfach: Aus unserer Erinnerung an einst erwächst Solidarität jetzt.

---

*Für Berlin, aber auch für die Bundesrepublik insgesamt wäre es ein überfülliges Zeichen, dieses Tags und der Menschen, die es wagten, für die Freiheit auf die Straße zu gehen und zu kämpfen, in gebührender Form zu gedenken*

---

## Erinnern an den Volksaufstand

Wie erinnern wir an historische Ereignisse wie den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953? Diese Frage stellt sich der Berlinerbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) nicht nur, wenn wie 2023 ein runder Jahrestag ansteht.

Und die Frage scheint dringlich: Eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung vom Juni 2023 ergab, dass rund die Hälfte der Befragten (49 Prozent) nichts mit dem 17. Juni 1953 verbindet. Wissenslücken offenbarten sich vor allem bei Jüngeren: Nur etwa jeder Siebte (14 Prozent) der 14- bis 29-Jährigen konnte in der Befragung etwas mit dem Datum anfangen und den Volksaufstand richtig zuordnen.

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte will gegensteuern. Zu den Aufgaben der Behörde gehört es, über die kommunistische Diktatur in der DDR aufzuklären. Um Kindern und Jugendlichen die DDR-Geschichte altersgemäß näherzubringen, bietet der BAB gemeinsam mit dem Kooperationsnetzwerk media.Bildungspartner regelmäßig Schulkino-Veranstaltungen und Lesungen an. Für Erwachsene sind unter anderem Diskussionsformate, Kiezgespräche und Stadtteilführungen im Angebot. So beleuchtet der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte seit mehreren Jahren mit seiner Veranstaltungsreihe „Geteiltes Leben in Berlin“ verschiedene Aspekte von Politik und Alltag in der geteilten Stadt und ihre Nachwirkungen in der Gegenwart.

### Live-Diskussion im Berliner Abgeordnetenhaus

2023 nimmt der BAB den 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR zum Anlass, die Forderungen der Aufständischen des 17. Juni 1953 genauer zu betrachten. In der Reihe „Volksaufstand 1953. Parolen. Damals und heute“ geht es zum einen um Erinnerung und historische Information, zum anderen um die Diskussion aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen. Ziel ist es zu erkunden, welche konkrete historische Bedeutung die Slogans der Aufständischen von 1953 hatten. Außerdem wird erörtert, ob diese Forderungen heute, unter politisch völlig anderen Umständen, eingelöst oder noch offene Herausforderungen sind.

„Heraus zur Demonstration, übt Solidarität“, riefen die Demonstrierenden im Sprechchor am 16. Juni 1953 auf der Stalinallee. 70 Jahre später, am 8. Juni 2023, diskutierten unter diesem Titel ein Historiker, ein Philosoph und eine Politologin bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und des Abgeordnetenhaus von Berlin. Vor rund 50 Gästen im Festsaal des AGH sprachen die Gäste über Solidarität damals und heute. Auf dem Podium: Jens Gieseke vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, Jacek Kołtan vom Europäischen Solidarność-Zentrum in Gdańsk und die Politologin und Twitter-Aktivistin Natascha Strobl aus Wien.



Das Podium der Diskussionsveranstaltung



### Solidarität lässt sich nicht von oben verordnen

Mit Moderatorin Elena Demke, Bildungsreferentin beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten, diskutierten die Gäste darüber, welche übergreifenden Merkmale Solidarität besitzt, was sie im Widerstand gegen die kommunistischen Diktaturen 1953 in der DDR und in den 1980er-Jahren in Polen ausmachte und warum es heute auf Solidarität ankommt. Das Publikum war eingeladen, sich durch Fragen an dem Gespräch zu beteiligen.

Fazit der rund anderthalbstündigen Diskussion: Solidarität lässt sich nicht von oben verordnen. Sie entsteht dann als gesellschaftliche Kraft, wenn sich die Beteiligten ihrer Gemeinsamkeit bewusst werden und wenn sie bereit sind, eigene Grenzen zu überschreiten und für andere einzustehen. Hilfreich können dabei Organisationsstrukturen sein, die solidarisches Handeln befördern und die Beteiligten unterstützen. Während ein älterer Gast aus dem Publikum in der heutigen Gesellschaft Vereinzelungstendenzen ausmachte, die der Solidarität entgegenstünden, äußerte sich eine junge Zuschauerin hoffnungsvoll: Soziale Medien hätten die Kraft, Bewegungen zu stärken. Viele Menschen seien überzeugt, durch ihr Engagement auch etwas ändern zu können.

### „Das Buch kommt auf meine Wunschliste“

Dass man bereits Kinder im Grundschulalter für den Volksaufstand in der DDR interessieren kann, zeigte sich am 9. Juni 2023 bei einer Lesung im Abgeordnetenhaus: Angereist waren rund 200 Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften. Vertreten waren Kinder aus 4. bis 6. Klassen von verschiedenen Berliner Grundschulen aus mehreren Bezirken. Auf dem Programm im Festsaal des AGH: „Tage wie Jahre“ von Jugendbuchautor Klaus Kordon, gelesen von Schauspieler Gregor Knop.

Das Buch schildert den Volksaufstand aus der Sicht des zehnjährigen Protagonisten Frank, der im sowjetischen Sektor Berlins lebt. Frank und sein bester Freund Kalle geraten am 17. Juni 1953 in die Proteste am Potsdamer Platz. Eigentlich wollten sie nur mal gucken, was da los ist, als plötzlich sowjetische Panzer auf den Platz rollen ...



Gregor Knop liest vor Grundschulkindern

Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch die Präsidentin des Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld und den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten Frank Ebert übernahm Gregor Knop das Mikrofon. Aufmerksam lauschten die Kinder dem Schauspieler, der die Geschichte von Frank und Kalle packend vortrug. Im Anschluss hatten die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, Fragen an den Historiker und stellvertretenden Aufarbeitungsbeauftragten Jens Schöne zu richten, wovon die Kinder reichlich Gebrauch machten. Die auf anderthalb Stunden angelegte Veranstaltung verging wie im Flug.

„Besonders hat mir gefallen, dass ich trotz der spannenden Geschichte viel Neues gelernt habe. Ich wusste nicht, was am 17. Juni 1953 passiert ist“, so fasste ein Schüler seine Eindrücke zusammen. Eine Schülerin sagte: „Das Buch fand ich so interessant, dass ich es auf meine Wunschliste geschrieben habe.“ Und der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte twitterte: „Sage niemand, es gäbe kein Interesse der Schüler/innen an DDR-Geschichte! Wenn 200 Kids mehr als 1,5 Stunden engagiert dabei sind, ebenso atemlos lauschen wie begeistert Fragen stellen, dann zeigt es mir, dass wir nur die richtigen Angebote machen müssen.“

## Impressum

Herausgeber: Die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Referat Öffentlichkeitsarbeit, Politische Bildung und Veranstaltungen, Besucherdienst

### Bildnachweise:

- Titel: Landesarchiv Berlin / Schirner, Max (groß)  
J. Denzel – S. Kugler (klein)
- S. 4: Abgeordnetenhaus von Berlin
- S. 7: Landesarchiv Berlin / Foto: Schütz, Gert (oben)  
Landesarchiv Berlin / Foto: Schirner, Max
- S. 8: Senatskanzlei / Yves Sucksdorff
- S. 12: Abgeordnetenhaus von Berlin
- S. 13: Abgeordnetenhaus von Berlin
- S. 14: Abgeordnetenhaus von Berlin
- S. 19: Landesarchiv Berlin / Schütz, Gert
- S. 20: Landesarchiv Berlin / k. A.
- S. 21: Landesarchiv Berlin / Nitschke, Willi
- S. 23: Landesarchiv Berlin / Schütz, Gert
- S. 24: Landesarchiv Berlin / Blecke, Heinrich von der
- S. 29: Cecilia Reible
- S. 31: Sophie Diernberger

Gestaltung: Goscha Nowak

Herstellung: Königsdruck Printmedien und digitale Dienste GmbH



1. Auflage 2024, ISBN 978-3-922581-48-2

Bestellungen richten Sie bitte an: Abgeordnetenhaus von Berlin  
Referat Protokoll und Öffentlichkeitsarbeit  
Niederkirchnerstraße 5 | 10117 Berlin

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Abgeordnetenhauses von Berlin. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder für Wahlwerbezwecke eingesetzt noch von den Parteien oder Fraktionen für die eigene Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden.